

# BGH-Leitsatz-Entscheidungen

## Heute neu:

1. [UWG: Werbung mit durchgestrichenen Normalpreisen](#)  
Urteil 17.03.2011, I ZR 81/09
2. [ZPO: lebensbedrohliche Erkrankung des Schuldners](#)  
Beschluss 21.07.2011, V ZB 48/10
3. [BGB, StGB: Darlegungs- und Beweislast bei Verletzung eines Schutzgesetzes](#)  
Urteil 19.07.2011, VI ZR 367/09
4. [BGB: Vergütungsanspruch nach freier Kündigung des Werkvertrages](#)  
Urteil 28.07.2011, VII ZR 45/11
5. [VOB/B: Klausel über Sicherung von 5% der Abrechnungssumme](#)  
Urteil 28.07.2011, VII ZR 207/09
6. [BGB: Wertersatz nach Rücktritt vom Bauvertrag](#)  
Beschluss 14.07.2011, VII ZR 113/10
7. [PatG, PatKostG: Übersetzung der Patentschrift](#)  
Beschluss 10.08.2011, X ZB 2/11
8. [PatG, ZPO: Rücknahme der Patentanmeldung während des Rechtsbeschwerdeverfahrens](#)  
Beschluss 19.07.2011, X ZB 8/10
9. [BGB, ZPO: Anspruch auf Protokollierung eines Vergleichs](#)  
Beschluss 03.08.2011, XII ZB 153/10
10. [BGB: Mietsicherheit durch Fremdgeschäftsführer](#)  
Urteil 20.07.2011, XII ZR 155/09
11. [StPO, AO: Selbstanzeige mit geringfügigen Inhaltsabweichungen](#)  
Beschluss 25.07.2011, 1 StR 631/10
12. [StrRehaG: besondere Zwendung für Haftopfer](#)  
Beschluss 14.07.2011, 4 StR 548/10

## Urteile und Beschlüsse:

### 1. UWG: Werbung mit durchgestrichenen Normalpreisen

Urteil 17.03.2011, I ZR 81/09

UWG § 4 Nr. 4, § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2, § 5a Abs. 2

Eine Werbung mit hervorgehobenen Einführungspreisen, denen durchgestrichene (höhere) Normalpreise gegenübergestellt werden, ist irreführend, wenn sich aus ihr nicht eindeutig ergibt, ab welchem Zeitpunkt die Normalpreise verlangt werden.

Sie ist zudem wegen Verstoßes gegen das Transparenzgebot unzulässig.

## **2. ZPO: lebensbedrohliche Erkrankung des Schuldners**

Beschluss 21.07.2011, V ZB 48/10

ZPO § 765a

Das Vollstreckungsgericht muss bei der Durchführung des Zwangsversteigerungsverfahrens unter Abwägung der Interessen der Beteiligten dem Umstand Rechnung tragen, dass die Fortführung des Zwangsversteigerungsverfahrens den Erfolg der Behandlung einer lebensbedrohlichen Erkrankung des Schuldners gefährdet.

## **3. BGB, StGB: Darlegungs- und Beweislast bei Verletzung eines Schutzgesetzes**

Urteil 19.07.2011, VI ZR 367/09

BGB § 823 Abs. 2 Be, StGB § 263

a) Stützt sich der Anspruchsteller auf eine deliktische Haftung wegen Verletzung eines Schutzgesetzes, hat er grundsätzlich alle Umstände darzulegen und zu beweisen, aus denen sich die Verwirklichung der einzelnen Tatbestandsmerkmale des Schutzgesetzes ergibt.

b) Bei einer Inanspruchnahme aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 263 StGB wegen eines Eingehungsbetruges durch fehlerhafte Beratung verbleibt die Darlegungs- und Beweislast für den Fortbestand des Irrtums beim Anspruchsteller.

## **4. BGB: Vergütungsanspruch nach freier Kündigung des Werkvertrages**

Urteil 28.07.2011, VII ZR 45/11

BGB § 649 Satz 3

Der Unternehmer kann seinen Anspruch auf Vergütung nach einer freien Kündigung des Werkvertrags nur dann auf die Vermutung in § 649 Satz 3 BGB stützen, wenn er den Teil der vereinbarten Vergütung darlegt, der auf den noch nicht erbrachten Teil der Werkleistung entfällt. Denn dieser Teil und nicht die gesamte vereinbarte Vergütung ist Bemessungsgrundlage für die Pauschale von 5 %.

## **5. VOB/B: Klausel über Sicherung von 5% der Abrechnungssumme**

Urteil 28.07.2011, VII ZR 207/09

BGB §§ 768, 307 Abs. 1 Satz 1 Bf, VOB/B (2002) § 17 Nr. 2, 3

Eine in einem VOB-Vertrag enthaltene Klausel des Auftraggebers, mit der "zur

insbesondere Gewährleistung", eine Sicherung von 5 % der Abrechnungssumme vereinbart wird und Bürgschaften unter Verzicht auf die Einrede gemäß § 768 BGB auszustellen sind, ist unwirksam.

#### **6. BGB: Wertersatz nach Rücktritt vom Bauvertrag**

Beschluss 14.07.2011, VII ZR 113/10

BGB § 346 Abs. 2 Satz 2, § 638 Abs. 3

a) Der vom Besteller nach Rücktritt von einem Bauvertrag geschuldete Wertersatz für die bei ihm verbleibende Bauleistung ist auf der Grundlage des Werklohns zu ermitteln (Bestätigung von BGH, Urteil vom 19. November 2008 VIII ZR 311/07, BGHZ 178, 355).

b) Ein Mangel des Werkes ist durch eine analoge Anwendung des § 638 Abs. 3 BGB zu berücksichtigen.

#### **7. PatG, PatKostG: Übersetzung der Patentschrift**

Beschluss 10.08.2011, X ZB 2/11

PatKostG § 11 Abs. 3, PatG § 100

§ 11 Abs. 3 PatKostG steht der Zulässigkeit einer Rechtsbeschwerde nicht entgegen, wenn zur Entscheidung steht, ob eine Grundlage für die Erhebung der angesetzten Gebühr besteht.

Art. II § 3 Abs. 1 Satz 2 IntPatÜbkG in der bis zum 30. April 2008 geltenden Fassung, wonach eine Übersetzung der im Einspruchs- oder Beschränkungsverfahren geänderten Fassung einer nicht in deutscher Sprache abgefassten Patentschrift einzureichen ist, bleibt für europäische Patente, für die der Hinweis auf die Erteilung vor dem 1. Mai 2008 im Europäischen Patentblatt veröffentlicht worden ist, auch dann anwendbar, wenn die Änderung nach dem 30. April 2008 erfolgt ist.

#### **8. PatG, ZPO: Rücknahme der Patentanmeldung während des Rechtsbeschwerdeverfahrens**

Beschluss 19.07.2011, X ZB 8/10

PatG §§ 34, 102 Abs. 5, §§ 80, 109, ZPO § 269 Abs. 3

a) Die Rücknahme einer Patentanmeldung während des Rechtsbeschwerdeverfahrens ist gegenüber dem Bundesgerichtshof zu erklären; der Bestellung eines beim Bundesgerichtshof zugelassenen Rechtsanwalts bedarf es für diese Erklärung

b) Mit der Rücknahme der Patentanmeldung hat sich das Rechtsbeschwerdeverfahren erledigt; bis dahin ergangene Beschlüsse des Deutschen Patent- und Markenamts und des Bundespatentgerichts sind wirkungslos. Kosten des Beschwerdeund Rechtsbeschwerdeverfahrens sind nur zu erstatten, wenn dies der Billigkeit entspricht.

### **9. BGB, ZPO: Anspruch auf Protokollierung eines Vergleichs**

Beschluss 03.08.2011, XII ZB 153/10

BGB § 127 a, ZPO § 794 Abs. 1 Nr. 1

a) Ein Anspruch auf Protokollierung eines gerichtlichen Vergleichs nach § 127 a BGB besteht lediglich insoweit, als die Prozessparteien den Streitgegenstand des Verfahrens teilweise oder abschließend regeln.

b) Soweit die Einigung der Parteien darüber hinausgeht, aber noch in einem inneren Zusammenhang mit dem Streitgegenstand steht, liegt es im pflichtgemäßen Ermessen des Gerichts, ob und in welchem Umfang es die Einigung als gerichtlichen Vergleich im Sinne von § 127 a BGB protokolliert.

### **10. BGB: Mietsicherheit durch Fremdgeschäftsführer**

Urteil 20.07.2011, XII ZR 155/09

BGB §§ 314, 765

Hat der Fremdgeschäftsführer einer GmbH für diese eine persönliche Mietsicherheit begeben (hier: Schuldmitübernahme/Schuldbeitritt), stellt sein Ausscheiden aus dem Geschäftsführeramt zwei Monate, bevor die Miete bei der Gesellschaft uneinbringlich wird, keinen wichtigen Grund zur Kündigung der Sicherheit gegenüber dem Vermieter dar.

### **11. StPO, AO: Selbstanzeige mit geringfügigen Inhaltsabweichungen**

Beschluss 25.07.2011, 1 StR 631/10

StPO § 231 Abs. 2, AO § 371 Abs. 1

1. Eigenmächtigkeit des Entfernens im Sinne von § 231 Abs. 2 StPO kann vorliegen, wenn der Angeklagte aufgrund einer mittelgradigen depressiven Episode einen Suizidversuch unternimmt, der zu seiner Verhandlungsunfähigkeit führt.

2. Zur Wirksamkeit von Selbstanzeigen mit geringfügigen Abweichungen von dem in § 371 Abs. 1 AO für Selbstanzeigen vorgeschriebenen Inhalt

## **12. StrRehaG: besondere Zuwendung für Haftopfer**

Beschluss 14.07.2011, 4 StR 548/10

StrRehaG § 17a Abs. 1 und 2

Die für den Anspruch auf Gewährung der besonderen Zuwendung für Haftopfer erforderliche besondere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage beurteilt sich bei Berechtigten, die sich im Strafvollzug befinden, ausschließlich nach den Voraussetzungen des § 17a Abs. 2 StrRehaG.

hier: Vorlagebeschluss des Oberlandesgerichts Naumburg vom 6. Oktober 2010